



aktuell

Der Newsletter des Deutschen Vereins

**Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Mitglieder des Deutschen Vereins für öffentliche und
private Fürsorge!**



Das alle drei Jahre wiederkehrende Großereignis des Deutschen Vereins, der Deutsche Fürsorgetag, war ein großer Erfolg. Knapp 1.800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen an den Fachvorträgen, Symposien und Workshops teil oder tummelten sich auf dem Markt der Möglichkeiten (ausführlich siehe NDV 7/2006). Eine umfassende Dokumentation wird in Kürze auf der Homepage des Deutschen Vereins eingestellt. Sicherlich, revolutionäre Erkenntnisse zur mühelosen Stabilisierung oder gar zum Ausbau unserer sozialen Sicherungssysteme – koste es, was es wolle – sind ausgeblieben. Gleichwohl konnten vielfältige Erfahrungen ausgetauscht, Impulse gegeben oder aufgenommen werden, die die weitere fachliche Diskussion in der Bundesrepublik, aber auch im Deutschen Verein selbst, voranbringen werden. Nun freuen wir uns auf den 78. Deutschen Fürsorgetag 2009 gemeinsam mit der ConSozial in Nürnberg.

Die Maschinerie des Gesetzgebungsprozesses hat vor der Sommerpause noch einmal Fahrt aufgenommen. Elterngeld, Fortentwicklung des SGB II, Antidiskriminierungsgesetz, Föderalismusreform waren und sind Themen, die der Deutsche Verein in den letzten Wochen zu bearbeiten hatte. Schlusspunkte dürften damit nicht gesetzt sein: Wirkungen und Folgen der Gesetzgebung sind in den Blick zu nehmen und im einen oder anderen Fall dürfte sicherlich auch die Reform nach der Reform anstehen.

Am 27. September 2006 findet die nächste Hauptausschusssitzung des Deutschen Vereins in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Berlin statt. Fachlicher Schwerpunkt wird das Thema kommunale Familienpolitik sein. Im nicht öffentlichen Teil wird der Hauptausschuss die Aufgabe haben, einen Teil des Vorstands des Deutschen Vereins neu zu wählen. Die Säulen des Deutschen Vereins befinden sich insoweit derzeit in den üblichen Abstimmungsprozessen.

Ihnen allen wünsche ich, nachdem sich nunmehr in Kürze auch Parlament und Bundesrat in die Sommerpause begeben werden, eine angenehme Sommerzeit und ggf. gute Erholung, um gestärkt nach den heißen Tagen wieder in die Arbeit einsteigen zu können.

Im Übrigen: Beim nächsten Mal wird es sicherlich klappen. Dann wird Deutschland nicht nur Weltmeister der Herzen, sondern Weltmeister im Fußball.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Löher
Geschäftsführer des Deutschen Vereins



Der Vorstand des Deutschen Vereins stellt sich vor ...



Clemens Graf von Waldburg-Zeil

Studium der Informatik und der Wirtschaftswissenschaften

1990 bis 1992

Prüfungsassistent bei der Dr. Lipfert GmbH (Wirtschaftsprüfungs-/ Steuerberatungsgesellschaft) in Stuttgart
1992 bis 1995

Prüfungs- und Verwaltungsleiter, Steuerberater bei der Dr. Lipfert GmbH in Berlin

1996 bis 2002

Geschäftsführer der EBV GmbH und der Morus Verlag GmbH

1995 bis 2002

Finanzdezernent des Erzbistums in Berlin

seit 2003

Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuz in Berlin

seit 2003

Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Vereins

seit 2004

Mitglied im Vorstand und Präsidium des Deutschen Vereins

seit 2006

Vorstand der Deutschen Roten Kreuz-Stiftung

Verabschiedungen aus dem Vorstand des Deutschen Vereins

Dr. Ursula Christiansen, Dezernentin für Gesundheit, Umwelt und Feuerschutz der Stadt Köln, seit 1998 Mitglied im Vorstand des Deutschen Vereins wurde am 8. März 2006 aus dem Vorstand verabschiedet.

Dr. Richard Groß, Landrat, Kreisverwaltung Trier-Saarburg a.D., seit 2000 Mitglied im Vorstand des Deutschen Vereins wurde am 8. März 2006 aus dem Vorstand verabschiedet.

Wolfgang Schäfer, Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe a.D., seit 1994 im Vorstand des Deutschen Vereins wurde am 3. Mai aus dem Vorstand verabschiedet.

Sitzung des Vorstands des Deutschen Vereins

Am 3. Mai 2006 tagte der Vorstand des Deutschen Vereins. Er hat folgende Stellungnahmen und Empfehlungen verabschiedet, die auf der Website des Deutschen Vereins www.deutscher-verein.de unter Empfehlungen/Stellungnahmen abgerufen werden können:

Stellungnahme zum geänderten Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt vom 4. April 2007 (KOM (2006) 160 endgültig)

Der Deutsche Verein kritisiert, dass die Europäische Kommission den Kompromissvorschlag des Europäischen Parlaments nur unzureichend zur Grundlage ihres zweiten Entwurfs gemacht hat. Das Europäische Parlament hatte einen weitgehenden Ausschluss vom Anwendungsbereich für Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen gefordert. Der Deutsche Verein fordert die Europäische Kommission auf, endlich für Rechtsklarheit zu sorgen. Er ist für eine vollständige Bereichsausnahme in Bezug auf Gesundheits- und Sozialdienstleistungen. Die Kommission sollte klarstellen, dass alle Sozialleistungen für bedürftige Familien und Personen vom Anwendungsbereich ausgenommen sind.

Die Stellungnahme wurde in Heft 6/2006 des NDV veröffentlicht.

Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII

In den Empfehlungen werden die durch die Gesetzesnovelle des Kinder- und Jugendhilferechts im vergangenen Jahr aufgeworfenen Fragen im Bereich der Hilfeplanung behandelt: Dazu zählen die Steuerungsverantwortung und Selbstbeschaffung (§ 36a SGB VIII) oder die Kooperationserfordernisse in der Schnittstelle von Jugendhilfe und Justiz. Auch die für die Hilfeplanung so wichtige Beteiligung der Akteure sowie Fragen der Kindeswohlgefährdung werden aufgegriffen und dazu handlungsleitende Empfehlungen ausgesprochen.

Die Stellungnahme wurde in Heft 7/2006 des NDV veröffentlicht.

Stellungnahme zum EU-Grünbuch „Die psychische Gesundheit der Bevölkerung verbessern – Entwicklung einer Strategie für die Förderung der psychischen Gesundheit in der Europäischen Union“

In seiner Stellungnahme kritisiert der Deutsche Verein u.a., dass das Grünbuch vorrangig Kostengesichtspunkte und weniger den Aspekt der Teilhabe psychisch kranker Menschen oder Nicht-Diskriminierung betrachtet. Er regt an, dass zunächst der Begriff „psychische Gesundheit“ von der EU-Kommission klar definiert und der betroffene Personenkreis differenzierter und eindeutiger gefasst wird, um einen einheitlichen Umgang mit diesem Begriff in Europa zu ermöglichen. Er fordert weiterhin die Berücksichtigung der in Deutschland seit langem üblichen Konzepte von Beteiligung und Teilhabe, damit der Anspruch der betroffenen Personen auf gleichberechtigte Lebenschancen in Europa stärker gewichtet wird.

Die Stellungnahme wurde in Heft 6/2006 des NDV veröffentlicht.

Erste Überlegungen für ein Gesamtkonzept der Betreuung und Versorgung pflegebedürftiger, behinderter und alter Menschen und ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft

Ein Gesamtkonzept der Betreuung und Versorgung pflegebedürftiger, behinderter und alter Menschen und ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft muss aus Sicht des Deutschen Vereins eine nahtlose Versorgung und Betreuung pflegebedürftiger, behinderter und alter Menschen sicherstellen. Der Deutsche Verein begrüßt daher die Absicht der Regierungskoalition, ein Gesamtkonzept der Betreuung und Versorgung pflegebedürftiger, behinderter und alter Menschen zu entwickeln. Ein solches Konzept muss bereits in der anstehenden Pflegereform greifen. In seinem Papier benennt der deutsche Verein deshalb die Maßstäbe für eine gesamtkonzeptionelle Einbindung der notwendigen Reformschritte in der Pflegeversicherung.

Das Papier wurde in Heft 6/2006 des NDV veröffentlicht.



Stellungnahme zur Reform der Föderalismusreform

Nach dem Bundestag hat am 7. Juli auch der Bundesrat der Föderalismusreform zugestimmt. Aus Sicht des Deutschen Vereins wird es nun darauf ankommen, dass die Länder verantwortungsvoll von ihren erworbenen Kompetenzen Gebrauch machen.

Die Stellungnahme wurde in Heft 6/2006 des NDV veröffentlicht.

Ergänzende Stellungnahme zum Referententwurf eines Gesetzes zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den

Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Reformgesetz)

Der Deutsche Verein unterzieht in seiner Stellungnahme das Gesetzeswerk einer kritischen Prüfung. Er begrüßt die längst überfällige Reform der Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit und befürwortet die angestrebte Zusammenfassung und Vereinheitlichung der bislang zersplittert und lückenhaft geregelten Verfahren. Für noch offene Fragen bietet der Deutsche Verein in seiner Stellungnahme konkrete Lösungsvorschläge.

Die Stellungnahme wurde in Heft 6/2006 des NDV veröffentlicht.

ConSozial 2006

Die ConSozial 2006 findet am 8. und 9. November 2006 im Messezentrum Nürnberg unter dem Motto „Mehrwert des Sozialen – Gewinn für die Gesellschaft“ statt. Neben dem Kongress wird eine Fachmesse rund um Management und Organisation

sozialer Arbeit und Pflege durchgeführt. Auch der Deutsche Verein wird in diesem Jahr wieder mit einem Stand auf der ConSozial vertreten sein. Nähere Informationen sind unter www.consozial.de erhältlich.

Fortentwicklungsgesetz

Zum 1. August 2006 ist das „Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende“ in Kraft getreten. Das Fortentwicklungsgesetz modifiziert vorrangig das Zweite Buch Sozialgesetzbuch (SGB II). Vor dem Hintergrund einer erhofften Kosteneinsparung soll es das Leistungsrecht weiterentwickeln, die Verwal-

tung verbessern und Leistungsmissbrauch vermeiden. An der Anhörung im Ausschuss „Arbeit und Soziales“ des Bundestages am 29. Mai 2006 hat der Deutsche Verein als Sachverständiger teilgenommen. Der Deutsche Verein hat sich zum Gesetzesvorhaben mit einer Stellungnahme positioniert.



Peter Götz beim Deutschen Verein

Peter Götz, Bundesvorsitzender der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU Bundestagsfraktion, besuchte am 28. Juni die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins. Im Vordergrund der Gespräche standen vor allem sozial- und familienpolitische The-

Peter Götz (2. v. r.) in der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins – hier mit Michael Löher, Geschäftsführer des Deutschen Vereins (rechts), Dr. Josef Faltermeier, Leiter des Arbeitsfeldes Kindheit, Jugend, Familie, Gleichstellung (links) und Karen Peters, Leiterin des Arbeitsfeldes Grundlagen sozialer Sicherung, Sozialhilfe und soziale Leistungssysteme (2. v. l).

men – beispielsweise die Bemühungen der Kommunen, durch verbesserte Rahmenbedingungen für Familien als Lebens- und Wirtschaftsstandort attraktiv zu bleiben. Peter Götz hob hierbei hervor, dass es insbesondere um eine Verbesserung der kommunalen Infrastruktur gehen müsse. Er begrüßt deshalb das im Dezember dieses Jahres erscheinende Handbuch des Deutschen Vereins zur Kommunalen Familienpolitik.

Personalien

In den Monaten März bis Juli 2006 hat es beim Deutschen Verein folgende Personalveränderungen gegeben:

Neu im Deutschen Verein sind:

Dr. Florian Bauckhage: Leiter der Stabsstelle Internationales

Lysann Ehrlich: Sachbearbeiterin des Bundesmodellprogramms „Schulverweigerung – Die 2. Chance“

Andreas Gärtner: Verwaltungsleiter

Marion Grzanna: Referentin im Arbeitsfeld II „Kindheit, Jugend, Familie, Gleichstellung“

Wolfgang Krebs: Leiter des Teams Sachbearbeitung, Finanzen und Buchhaltung des Bundesmodellprogramms „Schulverweigerung – Die 2. Chance“

Reiner Müller: Leiter der Regiestelle des Bundesmodellprogramms „Schulverweigerung – Die 2. Chance“

Dr. Barbara Mutke: Referentin des Bundesmodellprogramms „Schulverweigerung – Die 2. Chance“

Sandra Schreppe: Sachbearbeiterin des Bundesmodellprogramms „Schulverweigerung – Die 2. Chance“

Heike Seupel: Referentin des Bundesmodellprogramms „Schulverweigerung – Die 2. Chance“

Katrin Wittig: Sachbearbeiterin des Bundesmodellprogramms „Schulverweigerung – Die 2. Chance“

Antje Wrackmeyer: Referentin im Arbeitsfeld III „Grundlagen sozialer Sicherung, Sozialhilfe und soziale Leistungssysteme“

Aus dem Deutschen Verein ausgeschieden sind:

Ulrich Bauch, Rainer Biesenkamp, Jutta Braun von der Brelie, Sabine Junge (BBE), Sybille Otten, Frank Scheffler

Weitere Veränderungen:

Petra Fuchs ist seit dem 16. Mai Leiterin des Arbeitsfeldes I „Planung, Steuerung und Qualifizierung der sozialen Arbeit und der sozialen Dienste“

Karen Peters ist seit dem 1. Mai Leiterin des Arbeitsfeldes III „Grundlagen sozialer Sicherung, Sozialhilfe und soziale Leistungssysteme“

Der Deutsche Verein gratuliert seiner Auszubildenden **Stefanie Hoose** zur bestandenen Prüfung zur Bürokauffrau.



Neuerscheinungen

Im Eigenverlag des Deutschen Vereins sind folgende Publikationen neu erschienen:

Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 2/2006:

Was brauchen alte Menschen? Herausforderungen für eine alternde Gesellschaft. Ca. 140 Seiten, 10,70 €
Namhafte Experten zeigen ein Spektrum von Möglichkeiten für den Umgang mit dem Altwerden.

Arbeitshilfe des Deutschen Vereins zur Anwendung des Heimrechts auf moderne Wohn- und Betreuungsformen für ältere Menschen.

Empfehlungen und Stellungnahmen (E 5), 52 Seiten, Mitgliedspreis 5,50 €
Der Deutsche Verein hat Auslegungshinweise des Heimrechts erarbeitet, mit denen sich die Großzahl der Anwendungsprobleme praxisnah lösen lassen.

Sozialgesetzbuch – Achtes Buch (SGB VIII). Kinder und Jugendhilfe,

ca. 600 Seiten, Mitgliedspreis 9,50 €
Die neu bearbeitete 7. Auflage enthält den aktuellen Stand des Sozialgesetzbuches Achtes Buch – Kinder- und Jugendhilfe – (SGB VIII) mit allen Änderungen, zuletzt durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe vom 8. September 2005 (BGBl. I S. 2729).

Weitere Informationen über die Publikationen des Deutschen Vereins erhalten Sie unter www.deutscher-verein.de/06-publikationen.
Bestellungen: 030-62980316;
E-Mail: hally@deutscher-verein.de.
Online-Bestellungen sind möglich.

Impressum:

Redaktion:
Petra Markus, Berlin
Tel.: (030) 62980-3 18,
E-Mail: markus@deutscher-verein.de

Deutscher Verein
für öffentliche und private Fürsorge e. V.

Geschäftsstelle:
10179 Berlin-Mitte,
Michaalkirchstr. 17/18,
Tel. Sammel-Nr. (030) 6 2980-0;
Fax: (030) 6 2980-1 50

www.deutscher-verein.de

Bankverbindung: Deutsche Bank 7233943
(BLZ 100 700 00).

Gesamtherstellung:
Werbedruck GmbH Horst Schreckhase,
Spangenberg
www.schreckhase.de

Veröffentlicht mit Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).



Die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Karin Evers-Meyer, traf sich im Juni mit dem Geschäftsführer des Deutschen Vereins und dem Leiter des Arbeitsfeldes IV des DV.

Sie vereinbarten, gemeinsam an den Themen Gesamtkonzept Rehabilitation und Pflege, persönliches Budget, ambulant vor stationär und Weiterentwicklung der Wohn- und Betreuungsformen zu arbeiten und sich fachlich auszutauschen.

Gleiche Regelsätze in den alten und neuen Bundesländern

Die Bundesregierung plant eine Reform der Regelsatzverordnung (RSV) zum 1. Januar 2007 und eine einheitliche Bemessung der Regelsätze in der Sozialhilfe. Anlass sind die Ergebnisse der neuesten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Die Bundesregierung hat die Ausgaben der untersten Einkommensgruppen von Alleinstehenden (ohne Sozialhilfeempfänger) ausgewertet. Sie sind die Grundlage für die Regelsatzbemessung. Die zu berücksichtigenden Ausgaben betragen bundesweit und im Durchschnitt 345,- Euro. In dieser Höhe können die Bundesländer die Regelsätze im Jahr 2007 festsetzen, falls keine länderspezifischen Umstände berücksichtigt werden sollen.

ESF-Bundesmodellprogramm „Schulverweigerung – Die 2. Chance“

Über 150 Projektträger haben sich für das Modellprogramm beworben, das vom Deutschen Verein im Auftrag des BMFSFJ durchgeführt und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds kofinanziert wird. Ziel ist es, zunächst 1.000 Schülerinnen und Schüler im Alter von 10 bis 13 Jahren, die sich von der Schule losgesagt haben bzw. „Ausstiegsverhalten“ zeigen, wieder in die Schule zu integrieren. Bis Ende 2007 erfolgt die Umsetzung bundesweit durch lokale Koordinierungsstellen an etwa 50 Standorten. Die Auswahl der Standorte erfolgt durch das BMFSFJ in Abstimmung mit den zuständigen Länderministerien.

Veranstaltungen

Übersicht der Fachtagungen und Seminare des Deutschen Vereins bis November 2006:

4. bis 6. Oktober 2006
Ort: Erkner b. Berlin

F 212/06

Öffnung für Kinder und Erwachsene – Netzwerk Öffnungskonzepte

4. bis 6. Oktober 2006 Ort: Hannover
F 306/06

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

9. bis 11. Oktober 2006 Ort: Hannover
F 210/06

Das Tagesbetreuungsausbaugesetz in der Umsetzung

11. bis 13. Oktober 2006
Ort: Erkner b. Berlin

F 104/06

Netzwerktagung Qualitätsbeauftragte in der Sozial- und Jugendhilfe

16. bis 17. Oktober 2006
Ort: Steinbach/Ts.

F 112/06

Die ersten Schritte sind getan – Erzieherinnenausbildung im Wandel

18. Oktober 2006 Ort: Hannover
F 601/06

Aktuelle Fragen im europäischen Beihilferecht

23. bis 25. Oktober 2006 Ort: Berlin
F 211/06

Kindertagespflege – Ausbau und Entwicklung

6. bis 7. November 2006 Ort: Berlin
F 206/06

Kindschaftsrecht – Entwicklungen und Perspektiven

6. bis 9. November 2006 Ort: Berlin
F 311/06

Aktuelle Fragen des Sozialhilferechts (SGB XII)

7. bis 9. November 2006 Ort: Berlin
F 202/06

Fachkräfte kommunizieren mit Familien

Weitere Informationen wie Kurzbeschreibungen der Veranstaltungen und Preise erhalten Sie unter www.deutscher-verein.de/portal/veranstaltungen/011-veranstaltungen2006 oder über das Veranstaltungsmanagement: Tel. (030) 62980-605, -606; E-Mail: veranstaltungen@deutscher-verein.de
Online-Anmeldungen sind möglich.